



Fakten und Argumente

Edmund Stoiber: Eichel hat in Brüssel das Blaue vom Himmel versprochen, damit der „blaue Brief“ nicht auf seinem Schreibtisch landet. Er und Schröder handeln gegen das elementare Interesse Deutschlands an einer stabilen Währung. Die Finanzmärkte werden die rot-grüne Regierung dafür abstrafen.



Stoiber in Neubrandenburg: Seite 4/5

Mehr dazu: S. 9/10

Arbeitnehmer entlasten – Vorfahrt für **Beschäftigung**

Mobilisierung von mehr Wachstum – vor allem im Niedriglohnbereich:

Darauf zielt das Drei-Säulen-Modell zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, das Kanzlerkandidat **Edmund Stoiber** und der stellvertretende Parteivorsitzende **Christian Wulff** am 8. Februar vor der Bundespresskonferenz in Berlin vorgestellt haben.

Es geht dabei – so Stoiber – um ein Potenzial von von 700.000 bis 800.000 neuen Arbeitsplätzen. ■ Geringfügig Beschäftigte und ■ Niedriglohnpfänger entlasten und ■ gleichzeitig die Anreize zur Arbeitsaufnahme verstärken: damit soll der Arbeitsmarkt belebt, die Arbeit und nicht die Arbeitslosigkeit finanziert werden.

Fortsetzung Seite 2



Angela Merkel:

Der Wandel Russlands – eine Herkulesaufgabe. Dreitägiger Besuch der Parteivorsitzenden in Moskau. Seite 8

Unser Modell: für alle Beteiligten ein Gewinn

■ Edmund Stoiber in Neubrandenburg: Wir brauchen neue Perspektiven (Seite 4-5) ■ Generalsekretär Laurenz Meyer: Schröder der Vier-Millionen-Kanzler. Zur Aktionswoche: Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik (Seite 6-7) ■ Angela Merkel in Moskau: Der Wandel Russlands – eine Herkules-Aufgabe (Seite 8) ■ „Blauer Brief“. Elmar Brok und Angela Merkel: Schröder gefährdet Stabilitätspakt (Seite 9-10) ■ „Blauer Brief“ auch an Trittin (Seite 10) ■ Die angeblichen Wohltaten für den Mittelstand sind Luftnummern. Rapid Response auf die Behauptungen Schröders auf dem DIHK-Kongress (Seite 12-13) ■ Matthias Wissmann und Wolfgang Börsen: Neue Jobs durch Existenz-Gründer-Offensive (Seite 14) ■ CDU trauert um Franz Meyers (Seite 19) ■ Im Osten was Neues. Beschluss des 14. Parteitags in Dresden (Dokumentation)

■ **Die Arbeitnehmer haben netto mehr in der Tasche** ■ **in den Betrieben weniger Bürokratie** ■ **die öffentlichen Haushalte werden entlastet** ■ **die Verbraucher profitieren von einer größeren Dienstleistungsvielfalt.**

Das sind die vier großen Vorteile, die das moderne Konzept zur Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse zur Folge haben wird, das CDU und CSU vorige Woche erarbeitet haben.

Die wesentlichen Erleichterungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung: Anhebung der Grenze von 325 auf 400 Euro sowie Nichterhebung der Sozialversicherungsbeiträge von bisher 22 Prozent.

Durch Senkung der Sozialabgaben bei den Arbeitnehmern soll darüber hinaus ein neues Beschäftigungspotenzial im Lohnbereich zwischen 400 und 800 Euro erschlossen werden.

Mit verstärkten Anreizen sollen schließlich die Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Arbeitsaufnahme bewegt werden.

Gedacht ist dabei an Kombi-Lohnmodelle. Bei Arbeitsverweigerung sollen allerdings künftig auch Leistungen konsequent gekürzt werden.

■
Edmund Stoiber:

„Unser Konzept ist ein erster Schritt, um die Verkrustungen des Arbeitsmarkts aufzubrechen. Sollten CDU und CSU in die Regierungsverantwortung gewählt werden, werden wir diese Maßnahmen sofort nach der Wahl auf den Weg bringen. Die vielen Bürger, die dringend darauf warten, dass sich Arbeit mit kleinerem Einkommen oder ein Nebenjob wieder lohnt, können sich darauf verlassen.“

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis: jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Arbeitnehmer entlasten – Vorfahrt für Beschäftigung

Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt passen nicht mehr zusammen; das gilt vor allem für Arbeitsverhältnisse mit kleinen Einkommen.

Im Einstiegslohnbereich wirken sich die hohen Sozialabgaben besonders negativ aus. Es bleibt einfach zu wenig im Geldbeutel. Der Abstand zwischen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe einerseits zu kleinen Einkommen andererseits ist so gering, dass viele die Aufnahme einer einfachen Tätigkeit als unattraktiv ansehen.

Hier liegt auch ein wesentlicher Grund für die Schwarzarbeit, die inzwischen einen Anteil von 16,5 Prozent am Brutto-Inlandsprodukt hat. Auch für Arbeitgeber ist es kaum lohnend, Stellen im Niedriglohnbereich zu schaffen. Die Arbeitskosten stehen hier oft in keinem vertretbaren Verhältnis zur Produktivität. Überdies verursachen solche Arbeitsverhältnisse einen hohen bürokratischen Aufwand und erfordern die Beachtung komplizierter Regelungen.

CDU und CSU haben das „Drei-Säulen-Modell“ ent-

wickelt zur Belegung des Arbeitsmarktes. Dieses Modell soll

- Arbeitnehmern und Arbeitgebern spürbare finanzielle Vorteile bringen;
- unbürokratisch und praktisch zu handhaben sein und
- dem Grundsatz gerecht werden, dass die Finanzierung von Arbeit immer preiswerter ist als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Säule 1: Geringfügige Beschäftigung

Die bisher geltende Grenze der geringfügigen Beschäftigung wird von 325 € auf 400 € angehoben. Die Sozialversicherungsbeiträge von gegenwärtig 22 Prozent sollen künftig entfallen. Der Arbeitgeber zahlt eine Pauschalsteuer in Höhe von 20 Prozent; der Arbeitnehmer bleibt steuerfrei. Die Ausfälle in der Sozialversicherung werden durch einen Bundeszuschuss in Höhe der eingenommenen Pauschalsteuer ausgeglichen.

Säule 2: Niedriglohnbereich

Im Bereich der niedrigen Einkommen zwischen 401 € und 800 € soll die Abgabenlast gesenkt werden, indem der Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen linear von 0 auf 20,5 Prozent ansteigt. Es wird also keine Belastungssprünge geben, auch nicht beim Übergang von 800 € auf 801 €. Voraussetzung ist, dass der Arbeitnehmer mindestens 20 Wochenstunden beschäftigt ist. Damit wird sichergestellt, dass durch die Neuregelung keine gut bezahlten Teilzeitjobs auf geringer Stundenbasis subventioniert werden.

Die geltende Steuerregelung soll für diesen Personenkreis bestehen bleiben; auch die Abgabepflicht des Arbeitgebers bleibt unverändert.

Säule 3: Anreize zur Arbeitsaufnahme

Empfänger von **Arbeitslosengeld**, die eine Arbeit aufnehmen, deren Entgelt geringer ist als das Arbeitslosengeld, erhalten durch die Bundesanstalt für Arbeit eine Aufstockung bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes und

als weiteren Anreiz einen Zuschlag von 10 Prozent.

Empfänger von **Arbeitslosenhilfe**, die eine Arbeit aufnehmen, deren Entgelt geringer ist als die Arbeitslosenhilfe, erhalten eine Aufstockung aus Bundesmitteln bis zur Höhe der Arbeitslosenhilfe und als weiteren Anreiz einen Zuschlag von 20 Prozent.

Empfänger von **Sozialhilfe**, die eine Arbeit aufnehmen, die unter den Sozialhilfesätzen entlohnt wird, erhalten eine Zuzahlung durch die Träger der Sozialhilfe.

Das komplizierte Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden wir auflösen, indem wir beide Bereiche zu einem „Sozialgeld“ zusammenführen – mit dem Ziel, arbeitsfähigen Hilfeempfängern effizienter als bisher Brücken in den Arbeitsmarkt anzubieten. Damit verbunden werden konsequente Leistungskürzungen bei Arbeitsunwilligen und erhöhte Mitwirkungspflichten der Leistungsempfänger.

Mit dem Drei-Säulen-Modell können etwa 800.000 Menschen wieder Arbeit finden. Das von der Bundesregierung favorisierte „Mainzer Modell“ bringt voraussichtlich 30.000 Menschen wieder in Lohn und Brot. **UD**

EDMUND STOIBER:

Wir brauchen neue Perspektiven

Zuhören, mit den Menschen sprechen und die Probleme vor Ort erkennen. Unter diesem Motto stand die erste Informationsreise des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber nach Neubrandenburg. Begleitet wurde er von Eckhardt Rehberg, dem Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern.

Erneut ist deutlich geworden – so Stoibers Fazit –, dass für den wirtschaftlichen Aufschwung mehr Existenzgründer und mittelständische Unternehmen notwendig sind: „Es fehlen uns Tausende von Arbeitgebern, von Leuten, die den Willen haben, sich selbstständig zu machen.“ Notwendig seien vor allem neue Perspektiven, mittelstandsfreundliche Steuerpolitik sowie eine Entbürokratisierung der Wirtschaft. Am Engagement der Menschen liege es jedenfalls nicht. Sollte sich die Situation im Osten nicht verbessern, „dann werden wir in Deutschland nicht auf die Füße kommen“.

Stoiber zeigte sich besorgt, dass Bundeskanzler Schröder die schlechte Lage



der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt nicht zur Kenntnis nehmen wolle. Angesichts der am selben Tag veröffentlichten Arbeitslosenzahlen von 4,29 Millionen und der Hinweise auf Fehlentwicklungen bei der Stellenvermittlung durch die Bundesanstalt für Arbeit sei es „ein bedrückender Tag“.

Information vor Ort

Stoiber komme „nicht als Besserwessi“, betonte Michael Spreng. Vielmehr spiegele die strukturschwache Region um Neubrandenburg, die mit 22 Prozent eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Deutschland verzeichnet, alle Facetten

der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern. Hier wolle sich Stoiber direkt vor Ort informieren, mit den Menschen sprechen und ihre Probleme aus erster Hand kennen lernen.

Gespräch mit der Belegschaft

Als erster Termin der Informationsreise stand der Besuch der Ostmecklenburgische Flugzeugbau GmbH (OMF) auf dem Programm. Das 1998 gegründete Hightech-Unternehmen besetzt mit der zweisitzigen Sportmaschine „Symphony“ weltweit eine Marktlücke. Angepeilt wird eine Jahresproduktion von 300 Maschinen mit 100 Beschäftigten. Doch auch hier treibt Geschäftsführer Mathias Stinnes die Sorge um, dass der Mittelstand von der Bundesregierung nur unzureichend gewürdigt und in wirtschaftlich schlechten Jahren mit seinen Problemen alleine gelassen wird. Schuld an zahlreichen Insolvenzen sei nicht zuletzt die zu geringe Kapitaldecke.

Auch hier suchte Stoiber das Gespräch mit der Belegschaft – nicht nur während der Werksbesichtigung, sondern ebenso im kleinen Kreis ohne Medienvertreter.

BESUCHE UND GESPRÄCHE

Edmund Stoiber in Neubrandenburg – damit haben die Aktionstage der CDU gegen die Arbeitslosigkeit am 6. Februar begonnen. Weitere Termine u.a.:

■ Hartmut Schauerte MdB und Bernd Schulte MdB (Betriebsbesichtigung) ■ Wolfgang Lohmann MdB und Bundestagskandidat Joachim Kaup (Betriebsbesichtigung) ■ Ilse Falk MdB (Besuch Arbeitsamt) ■ Norbert Lammert MdB (Besuch Arbeitsamt) ■ Bundestagskandidat Jörg Grundig (Besuch Handwerksbetriebe) ■ Bundestagskandidat Enak Ferle-

mann (Pressetermin) ■ Otto Bernhardt MdB (Werftbesuch) ■ Bernd Neumann MdB (Betriebsbesichtigungen) ■ Peter Weiß MdB (Besuch Arbeitsamt) ■ KV Steinburg (Arbeitsgespräch mit Gewerkschaftern) ■ Bundestagskandidat Siegfried Kauder (Gespräch mit Mittelständlern) ■ Angelika Volquartz MdB (Besuch Arbeitsamt) ■ Bundestagskandidatin Antje Tillmann (Anzeige zu aktuellen Arbeitslosenzahlen) ■ Andreas Schmidt MdB (Besuch Arbeitsloseninitiative) ■ KV Borken (*workshop* und Rundbrief)

Der nächste Besuch galt der Tollense Fahrzeug- und Anlagenbau GmbH. Das Unternehmen befindet sich derzeit im Insolvenzverfahren. Er wolle nichts versprechen, was er später nicht auch halten könne, betonte Stoiber gegenüber der Belegschaft. Diese Politik der Regierung Schröder sei gescheitert. Auch er komme „aus einem Land, das einen sehr langen Weg hinter sich hat: von einem sehr armen zu einem erfolgreichen Land“. Am Engagement der Mitarbeit liege es jedenfalls nicht,

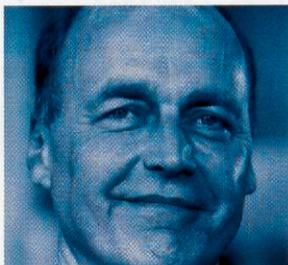
versicherte Stoiber, der sich eingehend bei der Geschäftsleitung und der Insolvenzverwalterin informiert hatte. „Wenn wir im Moment nicht die nötigen Investoren hierher bekommen, dann müssen wir alle Arbeit unterstützen, die sich bietet“, erklärte Stoiber, unterstrich jedoch: „Das ist nicht der Königsweg.“

Als weitere Punkte standen ein Redaktionsbesuch beim Nordkurier sowie eine Diskussion mit Hörern beim Radiosender Antenne Mecklenburg-Vorpommern auf dem Programm. **UD**

Schröder der Vier-Millionen-Kanzler

„Deutschland hat mindestens drei Probleme“, sagte Generalsekretär Laurenz Meyer am 6. Februar vor der Presse in Berlin: „1. diese Bundesregierung, 2. diese Bundesregierung, 3. diese Bundesregierung.“

Mit Blick auf die jetzt 4,3 Millionen Arbeitslosen betonte Meyer, dass Rot-Grün über kein Konzept gegen die Massenarbeitslosigkeit verfüge. Nur um an die Macht zu kommen, habe Schröder den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen. Noch im letzten April habe der Kanzler in einem Bild-Zeitungs-Interview getönt: „Wir wollen im nächsten Jahr unter die Marke von 3,5 Millionen kommen.“ Stattdessen sei er jetzt der „Vier-Millionen-Kanzler“, bekräftigte der Generalsekretär. Über sein Versagen könnten weder Schröders



Showtalent noch seine medialen Inszenierungen hinwegtäuschen.

Die Bundesregierung agiere wie der berühmte Elefant im Porzellanladen: So habe der Kanzler der EU-Kommission unterstellt, den „blauen Brief“ nur zu schreiben, um sich in den Bundestagswahlkampf einzumischen. Der Generalsekretär forderte Schröder auf, diese Stimmungsmache zu unterlassen und Deutschland außenpolitisch nicht noch weiter zu isolieren. Zudem gefährde diese Diskussion die Stabilität des Euro.

Dass Finanzminister Eichel die Länder zudem bezichtige, die hohe Schuldenquote verursacht zu ha-

ben, grenze an Unverfrorenheit. Im Übrigen blamiere er mit dieser Diskussion seine eigenen Parteifreunde: Denn in den SPD-regierten Bundesländern betrage die pro Kopf-Verschuldung 12.359 Mark, in den Unions-geführten Ländern dagegen nur 7.295 Mark. Damit sei der Nachweis erbracht: „Da, wo die SPD regiert, geht es bergab.“

Ein Unternehmen ist nur so gut wie der Chef

„Die können es einfach nicht“, betonte Laurenz Meyer. Deutschland sei nicht nur bei Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit Schlusslicht in Europa. Inzwischen nehme die Bundesrepublik auch einen einsamen Rekord bei den Firmenpleiten ein. „Mit 33.000 Insolvenzen befinden wir uns an der Spitze in Europa“, sagte der Generalsekretär. Für das laufende Jahr werde eine weitere Steigerung vorausgesagt. Ein Unternehmen sei immer nur so gut wie sein Chef. „Und wenn es der Deutschland AG schlecht geht, dann ist der Chef eben schlecht und muss seine Quittung erhalten.“

**4 MIO. ARBEITSLÖSE:
WANN WIRD ENDLICH
REAGIERT?**

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

CDU

M. Wissmann: Weiße Salbe

Saisonbereinigt hat die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Jahr 2000 um 170.000 und gegenüber 2001 um weitere 140.000 zugenommen. Auch im Januar 2002 erhöhte sich die saisonbereinigte Zahl deutlich. Noch alarmierender wäre die Lage, würde die sogenannte verdeckte Arbeitslosigkeit – ABM, Vorruhestand, Kurzarbeit – sowie die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger mit zusammen 2,73 Millionen Menschen hinzugerechnet.

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich bisher völlig unverantwortlich allein auf die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verlassen. Jetzt versucht sie mit „weißer Salbe“ à la Mainzer Modell oder „Job-AktivGesetz“ die selbst erzeugten bürokratischen Hürden zu kaschieren.

D. Austermann: Schröder versagt

Die Explosion der Arbeitslosenzahlen im Januar 2002 auf 4,3 Millionen belegt das totale Versagen der rot-grünen Regierung unter Führung von Bundeskanzler

AKTIONSWOCHE: 23. FEBRUAR BIS 2. MÄRZ

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik

Liebe Freunde,

wie schon im November angekündigt, möchte ich Sie in Absprache mit unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel und unserem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber zu einer Aktionswoche vom 23. Februar bis 2. März aufrufen.

Diese Aktionswoche führen wir gemeinsam mit der CSU in der Woche vor der wichtigen Kommunalwahl in Bayern durch. Unsere Botschaft ist: Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. Und daher braucht Deutschland den politischen Wechsel.

Nutzen wir diese Chance! Während unserer Aktionswoche sollte jeder Kreisverband mindestens eine Veranstaltung oder

eine Straßenaktion durchführen. Sie erhalten von uns Aktionsvorschläge und organisatorische Hinweise:

■ Plakate und Postkarten

Vor Beginn der Aktionswoche – bis zum 20. Februar – werden wir Ihnen Plakate und Postkarten liefern.

■ Flugblätter, Vortrag, Internet-Module

Ebenfalls spätestens am 20. Februar finden Sie im CDUNet: Themenflugblätter, einen Muster-Vortrag zum Thema Wirtschaftspolitik/Arbeitslosigkeit und Internet-Module für eine Begleitung der Aktion auf Ihrer Website.

■ Aktionsvorschläge

für die Zielgruppen Berufstätige, Unternehmen, Mittelstand, Entscheider und Frauen.

Schröder in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Wenn die Bundesregierung angesichts dieser desaströsen Arbeitslosenzahl zu beschwichtigen versucht, dies sei deutlich weniger als im Januar 1998, so ist

diese Momentaufnahme der untaugliche Versuch, um eigenen Versagen abzulenken. Im Jahr 1998 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um über 400.000. In diesem Jahr ist ein Rückgang von 80.000 zu erwarten.



Foto: Laurence Chaperon

Angela Merkel: Der Wandel Russlands

eine Herkules- aufgabe

Nato-Erweiterung, aber auch der Tschetschenienkrieg und die Pressefreiheit waren die Hauptthemen des Gesprächs zwischen Angela Merkel und Wladimir Putin am 8. Februar im Kreml.

„Sie sind einer der wenigen deutschen Politiker, mit denen ich mich in meiner Muttersprache unterhalten kann“, begrüßt der russische Staatspräsident die Parteivorsitzende und nimmt sich anderthalb Stunden Zeit für den Austausch „sicher nicht in jeder Hinsicht deckungsgleicher“ Meinungen.

Beispiel Pressefreiheit: Dass sie „unabänderlich“ zur demokratischen Entwicklung eines Landes gehöre, gibt Angela Merkel

ihrem Gesprächspartner zu verstehen und verweist auf die Meinungsvielfalt, die auch Politiker im Westen zu den Bedingungen ihrer Arbeit rechnen müssen.

Es war ein dicht gepacktes und „gutes politisches Programm“, das die Parteivorsitzende in den drei Tagen ihres Moskau-Besuchs zu bewältigen hatte. Nach dem Gespräch mit Putin gehörten dazu auf Treffen mit Außenminister Igor Iwanow, Innenminister Boris Gryslow, mit Russlands Ex-Vize-Ministerpräsident Jgor Gaidar und dem Vorsitzenden der Oppositionspartei „Union der Rechten Kräfte“, Boris Nemzow.

Eine „Herkulesaufgabe“ – fasste sie nach den Ge-

sprächen zusammen – stelle die Transformation Russlands dar, die sich nur mit „großer Konsequenz“ erfolgreich erfüllen lasse.

Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Moskau hatte Angela Merkel den Friedhof Nowodewitschij besucht und am Grab von Raissa Gorbatschow einen Strauß weißer Tulpen niedergelegt.

Zum Abschluss ihrer Reise war sie der Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau gefolgt. Deutschland vor der Bundestagswahl war das Thema des Vortrags, den sie dort hielt.

[http://](http://www.kas.de)

Über die Aktivitäten
der KAS in Russland:
www.kas.de

ELMAR BROK:

Kanzler Schröder gefährdet den Euro-Stabilitätspakt

„Wir müssen die Kompetenz für die Überwachung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts von den nationalen Finanzministern ganz auf die Europäische Kommission übertragen, bevor die nationalen Finanzminister aus gegenseitiger Rücksichtnahme die Stabilitätsgrundlage des Euro zerstören.“

Mit dieser Forderung hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik, Elmar Brok, auf die „Lobby-Arbeit“ reagiert, mit der die rot-grüne Bundesregierung versucht, die Frühwarnung an sie wegen unsolider Haushaltspolitik entsprechend den Regeln des Stabilitätspakts zu verhindern.

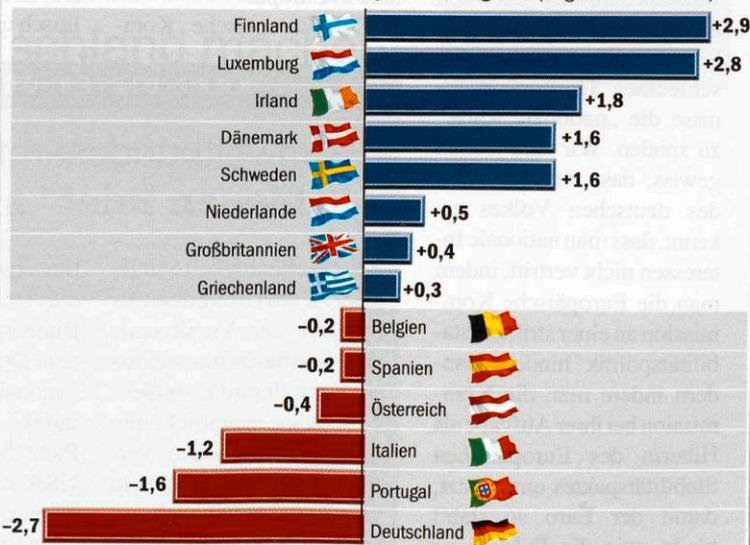
Brok, der dem ab März tagenden Verfassungskonvent der EU angehört, begründet seine Forderung

damit, dass dem Ministerrat nach der Erweiterung auf 25 Mitglieder ohnehin die Handlungsunfähigkeit droht: „Die Europäische Kommission hat sich als Hüterin der EU-Verträge und des europäischen Gesamtinteresses bewährt, während die nationalen Minister aus kurzfristigen Wahlinteressen die Stabilitätsgrundlagen des Euro in seiner Glaubwürdigkeit erschüttern.

Niemand werde nämlich

nach einer Abblockung des „blauen Briefes“ an die Regierung Schröder glauben, dass der Rat jemals zu harten Maßnahmen gegen eines ihrer großen Mitglieder noch in der Lage wäre. Die Europäische Zentralbank braucht daher in einem starken EU-Währungskommissar ihr Pendant bei der Einhaltung der haushaltspolitischen Stabilitätskriterien. Der Euro werde sonst durch nationale oder parteipoliti-

Haushaltsdefizite und -überschüsse im europäischen Vergleich (Angaben in Prozent*)



*Schätzungen von 2002

Quelle: EU-Kommission

sche Spielchen aufgeweicht. Schon jetzt hat der Euro seit seiner Einführung ein Drittel seines Wertes gegenüber dem US-Dollar verloren.

Schröders Antwort auf schlechte Umfrageergebnisse: die „nationale Karte“

Eine verheerende Wirkung hat in Brüssel Schröders Gerede, die Kommission habe aufgrund anderer als wirtschaftliche Gründe ihren Vorschlag gemacht. Zum einen ist die Europäische Kommission mehrheitlich sozialdemokratisch und deshalb nicht als 5. Kolonne Stoibers tätig. Zum anderen versucht Schröder gegen den Ratschlag seines Außen- und Finanzministers angesichts schlechter Umfrageergebnisse die „nationale Karte“ zu spielen. Wir sind jedoch gewiss, dass eine Mehrheit des deutschen Volkes erkennt, dass man nationale Interessen nicht vertritt, indem man die Europäische Kommission an einer strikten Stabilitätspolitik hindert, sondern indem man die Kommission bei ihrer Aufgabe als Hüterin des Europäischen Stabilitätspaktes unterstützt, damit der Euro so stabil bleibt, wie die D-Mark es Jahrzehnte lang war.

ANGELA MERKEL:

Schröder setzt Stabilitätspakt aufs Spiel

Zu den Beratungen des EU-Finanzministerrats über eine Frühwarnung an Deutschland erklärte die Parteivorsitzende:

Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung allen denkbaren politischen Druck angewandt hat, um die notwendige Frühwarnung aus Brüssel zu unterbinden. Der Bundeskanzler und sein Finanzminister richten damit schweren Schaden für die Stabilität des Euro an, setzen die Glaubwürdigkeit des gesamten Stabilitätspaktes aufs Spiel und diskreditieren ganz Deutschland in Europa.

Die Europäische Kom-

mission hat im Sinne der Stabilitätskriterien richtigerweise die Frühwarnung an Deutschland beschlossen. Kanzler Schröder stellt die Kommission jetzt durch sein rücksichtsloses Verhalten bloß. Helmut Kohl und Theo Waigel haben an vorderster Front für den Stabilitätspakt gekämpft – mit dem Ziel, dass der Euro genauso stabil wie die Deutsche Mark wird. Es ist beschämend, dass ausgerechnet der Bundeskanzler und Herr Eichel aus wahltaktischen Gründen diese Tradition verraten haben. Das ist europa- und finanzpolitisch unverantwortlich.

KURT-DIETER GRILL:

Umweltbundesamt schickt „blauen Brief“ an Trittin

Zur Nachhaltigkeitsstudie des Umweltbundesamts erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umwelt und Energie:

Jetzt ist es amtlich: nun ist auch das letzte vermeintliche Kompetenzfeld von Rot-Grün in sich zusammengebrochen. Trit-

tins eigene Behörde tadelt die Umweltpolitik dieser Bundesregierung. Nachdem Deutschland im internationalen Nachhaltigkeitsindex abgeschlagen auf Platz 54 noch hinter den USA rangiert, ist das die zweite umweltpolitische Abmahnung an Rot-Grün.

AM 22. SEPTEMBER

werden bei der Wahl zum 15. deutschen Bundestag rund 400.000 Menschen mehr als vor vier Jahren ihre Stimme angeben. Wahlberechtigte insgesamt: 61,2 Millionen. Davon sind etwa 31,9 Millionen Frauen, 29,3 Millionen Männer. Die Zahl derer, die zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teilnehmen, wird auf 3,3 Millionen geschätzt.

ZUGELEGT hat nach der neuesten Emnid-Umfrage bei den Wählern in Hamburg die CDU unter Bürgermeister Ole von Beust, und zwar um 5,8 Prozent auf 32. Weiter verloren hat die „Schill-Partei“. Sie käme bei Wahlen heute nur noch auf 12 Prozent. Mit 37 Prozent könnte die SPD rechnen, mit 9 die GAL und mit sechs Prozent die FDP.

SCHLAG INS GESICHT

vor allem der „Genossen“ in den östlichen Bezirken haben 28 Mitglieder der SPD Berlin-Steglitz die Bildung der rot-roten Regierungskoalition in der Hauptstadt genannt und damit ihren Parteiaustritt begründet.

49 PROZENT der Deutschen finden die Tarifforderungen der IG Metall überzogen. 41 Prozent meinen:

„angemessen.“ Große Unterschiede hat eine Forsa-Umfrage in Ost und West ergeben. Im Westen sehen 51 Prozent die 6,5-Prozent-Forderung als „zu hoch“ an, im Osten sind es nur 41 Prozent. Selbst unter den Gewerkschaftsmitgliedern sagen 35 Prozent auch: „zu hoch.“

DEUTLICH WENIGER

Arbeitslosen, als in öffentlichen Statistiken zum Ausdruck kommt, wird tatsächlich von den Arbeitsämtern geholfen. Wie der Bundesrechnungshof mitteilt, sind 70 Prozent der geprüften Stellenvermittlungen falsch. Die Arbeitsämter verbuchen Vermittlungen, ohne dass überhaupt jemand eingestellt worden ist.

EINE WEITAUS geringere Rolle als in anderen Industriestaaten spielt in Deutschland die betriebliche Altersvorsorge. Anders als bei uns sind, wie die Bertelsmann-Stiftung mitteilt, die Arbeitnehmer in Australien, Großbritannien, Kanada, Schweden, den Niederlanden, der Schweiz und in den USA durch Gesetz oder tarifvertraglich zu betrieblicher Vorsorge verpflichtet.

KEIN AUSLAUFMODELL

ist nach einer Studie von Allensbach die Familie. Im Ge-

genteil: Sie bietet heute sogar mehr Rückhalt, als das früher der Fall war. Trotz Einschränkungen, Stress, Problemen bei der Kinderbetreuung ist die traditionelle Form des Zusammenlebens bei den meisten Deutschen am beliebtesten: bei 84 Prozent.

IMMER WENIGER

Senioren werden zu Haus gepflegt, hat die Familienforscherin Marina Rupp vom Staatsinstitut für Familienforschung an der Uni Bamberg festgestellt. Verantwortlich dafür ist ihrer Meinung nach die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die es 50- oder 60-Jährigen, die sich um ihre Eltern kümmern könnten, schwer macht, aus ihrem Job auszusteigen, ohne sich die Rückkehr auf einen Arbeitsplatz zu verbauen.

DAS AUS FÜR BÜCHER

ohne breiteren Käuferkreis könnte die neue Förderregelung der Deutschen Forschungsgemeinschaft bedeuten, wonach es künftig keine Zuschüsse für die Druckkosten von Publikationen mehr geben soll. Der Jenaer Romanistik-Professor Reinhold Grimm, gleichzeitig Vorsitzender des Fakultätentags: „Ein vernichtender Schlag für die Geistes- und Sozialwissenschaften.“

Die angeblichen Wohltaten für den Mittelstand sind **Luftnummern**

„Rapid Response“ aus der Bundesgeschäftsstelle auf Behauptungen des Kanzlers auf dem DIHK-Kongress „Standort Deutschland“ am 4. Februar:

Gerhard Schröder: „Es [Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe] ist deshalb schwer zu machen, weil die eine Finanzierung – nämlich die der Arbeitslosenhilfe – aus den eben genannten Beiträgen, also aus Lohnnebenkosten finanziert wird, und die andere – nämlich die den Kommunen obliegt – anders finanziert wird, aus Steuermitteln finanziert wird.“

FAKT:

Schröder ist nicht informiert

Die Arbeitslosenhilfe wird aus Steuermitteln finanziert, nicht aus Sozialbeiträgen. Beitragsfinanziert ist dagegen das Arbeitslosengeld, dessen Zusammenlegung mit der Sozialhilfe bisher niemand gefordert hat.

Gerhard Schröder:

„Ich glaube, dass damit klar ist, dass wir ein Unternehmenssteuerrecht, und zwar für beide Rechtsformen geschaffen haben, das wirklich optimal ist.“

FAKT:

Schröders Politik belastet vor allem den Mittelstand

„Die angeblichen Wohltaten für den Mittelstand erweisen sich bei näherem Hinsehen als Luftnummern.“ (Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler, unter Hinweis auf zahlreiche Einzelregelungen)

Politik der Regierung Schröder verursacht höhere Kosten und mehr Bürokratie:

■ **Ökosteuer:** Massive Erhöhung der Betriebskosten bei Handwerk und Handel sowie im Dienstleistungs- und Verkehrssektor. ■ **Betriebsverfassungsgesetz:** Insgesamt kommen auf die Wirtschaft Mehrkosten in Höhe von 2,7 bis 4 Mrd. DM

(1,4 bis 2 Mrd. Euro) pro Jahr zu (Quelle: IW Köln). Allein 1,2 Mrd. DM (0,6 Mrd. Euro) Mehrkosten auf Grund eines geänderten Wahlverfahrens für Betriebe mit weniger als 51 Beschäftigten, sofern die Quote der Firmen mit Betriebsrat von 11 auf 22% ansteigt (Quelle: IW Köln). ■ Steigende Lohnnebenkosten: Anfang 2002 durchschnittlich 41,3 % (Rentenvers.: 19,1 %, Krankenvers.: im Durchschnitt 14 %, Arbeitslosenvers.: 6,5 %, Pflegevers.: 1,7 %). ■ **630-DM-/325-Euro-Gesetz:** Höhere Kosten, bürokratisches Chaos. ■ **Scheinselbstständigkeitsgesetz:** Entmutigung für Neugründer, mehr Bürokratie. ■ **Einschränkung befristeter Arbeitsverträge:** Einschränkung der Flexibilität. ■ **Sinkende Fördermittel:** Halbierung der Fördermittel für kleine und mittlere Unternehmen im Bundeshaushalt von 1999 bis 2002 (1999: 493 Mio. Euro; 2002 [Soll]: 244 Mio. Euro).

Entlastung jetzt erforderlich: Seit Rot-grün regiert, ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von Jahr zu Jahr gestiegen: Von 26.400 im Jahr 1999 über

28.200 im Jahr 2000 auf 16.222 im ersten Halbjahr 2001. Das ist ein neuer Rekordstand und entspricht einem Anstieg von 19,2 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2000. Die Selbständigquote sank im Jahr 1999 auf 9,3% (Quelle: OECD). Im ersten Halbjahr 2001 in Deutschland 3,4 % weniger Gewerbeanmeldungen als im ersten Halbjahr 2000. (Statistisches Bundesamt)

Gerhard Schröder:

„...wir hätten im Vergleich zu der sehr ordentlichen, wenn's auch schwer fällt, wird das ja gesagt, sehr ordentlichen Körperschaftssteuerreform, die Reform der Unternehmensteuer bezüglich der Personengesellschaften anders, will sagen schlechter, behandelt. Ich bestreite das.“

FAKT:

Einseitige Entlastung großer Kapitalgesellschaften

IW-Köln: „Selbst nach Abschluss der Reform im Jahr 2005 werden die Personunternehmen um rund 6 Punkte stärker belastet als die Kapitalgesellschaften.“

Die von der Bundesregierung durchgesetzte Steuerreform kommt in erster Linie den großen Kapitalgesellschaften zugute. Für sie hat sich die Ertragsteuerbelastung zum 1.1.2001 um rund 13 Prozentpunkte verringert. Strukturelle Verbesserungen wie die ab 1.1.2002 geltende Steuerfreiheit für Gewinne aus Beteiligungsverkäufen kommen hinzu. Für die mittelständischen Personenunternehmen hat sich die steuerliche Situation durch die Steuerreform nicht nennenswert verbessert: Die ertragsteuerliche Grenzbelastung ist zum 1.1.2001 nur um rund 3 Prozentpunkte gesunken.

Gerhard Schröder:

„Wir haben eine Besteuerung der Körperschaften von 38 %. Das ist besser als der europäische Durchschnitt.“

FAKT:

In Europa noch immer die zweithöchste Steuerbelastung

Deutsche Kapitalgesellschaften sind im europäischen Vergleich – inkl. Gewerbesteuer und ähnlicher Steuern in anderen Ländern

[http://](http://www.wahlfakten.de)

Den vollständigen Text aller Antworten auf die Behauptungen Schröders – inzwischen unsere 3. Ausgabe von *rapid response* – finden Sie unter: www.wahlfakten.de

– auch nach der Steuerreform noch immer mit den nach Belgien höchsten Steuern belastet: Sie zahlen 38,6 % Steuern, während etwa Kapitalgesellschaften in Großbritannien nur 30,0 % des Gewinns abführen müssen, in Dänemark nur 32 %, in Österreich nur 34 % und in den Niederlanden 35 %. Auch der größte Nachbar Frankreich verlangt seinen Kapitalgesellschaften mit einem Steuersatz von 37,8 % weniger ab als Deutschland. (Quelle: BMF)

Steuerbelastung steigt: Die Steuerbelastung deutscher Unternehmen ist auch nach der ersten Stufe der Steuerreform im internationalen Vergleich sehr hoch. In den meisten anderen EU-Ländern wird in 2002 die Steuer und Abgabenlast gesenkt (Schweden: -1,1 % des BIP; Belgien: -0,6 %; Frankreich: -0,4 %). In Deutschland steigt sie dagegen um 0,3 % des BIP an. Dies ist der schlechteste Wert in der EU. (EU-Kommission, S. 16)

MATTHIAS WISSMANN UND WOLFGANG BÖRNSEN:

Neue Jobs durch Existenz-Gründer-Offensive

Aus Anlass der Debatte im Deutschen Bundestag zur Großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Unternehmer im Netzwerk – für eine Kultur der Selbständigkeit“ am 31. Januar erklärten der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion und der zuständige Berichterstatter zu dieser Initiative:

Die Regierung Schröder/Fischer hat es bisher veräußt, durch eine mutige und phantasievolle Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vorhandene Beschäftigungschancen wirkungsvoll zu nutzen.

Jeder Existenzgründer schafft in Deutschland durchschnittlich drei Arbeitsplätze. Bis zu 500.000 neue Arbeitsplätze könnten langfristig beispielsweise durch die gezielte Förderung von Franchising geschaffen werden. Beim Franchise kauft der Existenzgründer ein fertiges, erprobtes und eingeführtes Betriebskonzept, profitiert von dessen Werbung und Know-how, agiert jedoch weitgehend wie ein selbst-

ständiger Unternehmer. Die oft langjährige Anlaufphase einer Unternehmensneugründung verkürzt sich erheblich, Gründerpleiten werden auf ein Minimum reduziert.

350.000 Menschen arbeiten in Deutschland bereits in Franchise-Ketten. Dieser Wachstumsmarkt ist bisher von der rot-grünen Bundesregierung wesentlich vernachlässigt worden. Für Systemgründungen ist es aber nötig, auf politisch verlässliche Rahmenbedingungen zurückgreifen zu können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher:

- **Anschubfinanzierung** von standardisierten Betriebskonzepten aus vorhandenen Mitteln
- **Schaffung klarer rechtli-**



M. Wissmann



W. Börnsen

- cher Rahmenbedingungen
- **Qualifizierung, Förderung und Zertifizierung** von neuen Franchise-Systemen.

Angesichts von über vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland und in einer Situation, in der rund ein Drittel aller mittelständischen Unternehmen keinen Gewinn mehr erwirtschaften, ist es dringend geboten, dass die rot-grüne Bundesregierung alle Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für den Mittelstand, intensiv nutzt.

„ In Anbetracht von 4.3 Millionen Arbeitslosen kann sich unsere Gesellschaft nicht länger den Luxus leisten, auf Hunderttausende, ja Millionen von Jobs zu verzichten, weil die amtierende Bundesregierung dem Arbeitsmarkt mit demonstrativer Gleichgültigkeit und Untätigkeit begegnet.

Stellvertretender Parteivorsitzender Christian Wulff

CDU trauert um den ehemaligen Ministerpräsidenten **Franz Meyers**

Im Alter von 93 Jahren ist am 28. Januar der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Franz Meyers, in seiner Geburtsstadt Mönchengladbach gestorben. Aus diesem Anlass erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers:

Der Tod von Franz Meyers erfüllt uns mit Trauer und Schmerz. Acht Jahre lang, von 1958 bis 1966, war Franz Meyers Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Mit einer kurzen Unterbrechung gehörte er von 1950 bis 1970 dem Landtag an. In den Jahren 1957 und 1958 war er Mitglied des Deutschen Bundestags. Von Februar bis Oktober 1952 war er Oberbürgermeister von Mönchengladbach und folgte anschließend dem Ruf von Ministerpräsident Karl Arnold in dessen Kabinett, dem er bis 1956 als Innenminister angehörte. Er war Mitglied von Landesvorstand und Bundesvorstand der CDU.

Durch seine ideenreiche und kompetente Amts-



führung machte er sich als Innenminister bundesweit einen Namen. Als Ministerpräsident baute Franz Meyers am modernen Nordrhein-Westfalen mit. Er knüpfte an die erfolgreiche Aufbauarbeit von Karl Arnold an.

Stets für die Interessen der Bergleute gekämpft

Mit dem Namen von Meyers sind viele großartige Projekte und politische Leistungen verbunden: Mit Nachdruck hat er stets für die Interessen der Bergleute im Ruhrgebiet gekämpft. Er legte den Grundstock für die „Kunstsammlung Nordrhein-

Westfalen“. 1965 gründete er in Bochum die erste neue Universität des Landes Nordrhein-Westfalens.

Sein Herz schlug besonders für die Kommunalpolitik, der er sein Leben lang verbunden blieb. Er war ein beherzter und engagierter Streiter gegen Auswüchse der Bürokratie und ein Anhänger des Subsidiaritätsprinzips.

Geprägt durch die Nazi-Diktatur, stritt er beharrlich für rechtsstaatliche Grundwerte. Als Präsident des Bundesrates (von 1960 bis 1961) setzte er sich für die Weiterentwicklung des Föderalismus und der Beziehungen zwischen den Ländern und dem Bund ein.

Franz Meyers ist ein politisches Vorbild, weil er feste Prinzipien und nötigen Pragmatismus in Übereinstimmung bringen konnte. Er hat Spuren in Nordrhein-Westfalen hinterlassen und die Nachkriegsgeschichte unseres Landes maßgeblich mitgestaltet. In tiefem Respekt und voller Dankbarkeit verneigen wir uns vor dem Andenken eines großen Politikers.



„BLAUER BRIEF“

Heftiges Zittern

Die Zeichen stehen auf Sturm zwischen Berlin und Brüssel. Mit einer Attacke gegen die EU-Kommission hat Schröder den in Europa üblichen diplomatischen Rahmen gesprengt. Im Abwehrkampf gegen den blauen Brief aus Brüssel zeigt der Kanzler Nerven. Seine Hand zittert, und zwar heftig. Handelsblatt

„Andere Gründe“

Schröder wird nervös. Der Wahlkampf hat begonnen. Die Umfragen für Rot-Grün sind schlecht. Die Arbeitslosenzahlen sind deprimierend hoch. Da drohte ihm auch noch ein blauer Brief aus Brüssel, eine sog. Frühwarnung wegen zu hoher Staatsverschuldung. Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ blies der Kanzler zur Gegenattacke auf die EU-Kommission: Für die Warnung müsse es „an-

dere Gründe als ökonomische“ geben. Tatsächlich dürfte es sich umgekehrt verhalten. „Andere als ökonomische Gründe“ werden es wohl sein, die Schröder zu dieser ungewöhnlichen Unterstellung bewogen haben: der Wahlkampf.

Stuttgarter Zeitung

Bumerang

Angriff ist nicht immer die beste Verteidigung – vor allem dann nicht, wenn er gleichzeitig den gegnerischen und den eigenen Reichen gilt. Die Bundesregierung war wieder einmal schlecht koordiniert, als sie sich sowohl mit der EU-Kommission als auch mit den Bundesländern anlegte. Die Unterstellung des Kanzlers, Brüssel habe „andere als ökonomische Gründe“ für die an Deutschland gerichtete Ermahnung zur Haushaltsdisziplin, kann nur als Vorwurf unlauterer Motive verstanden werden. Eichel wiederum eröffnete eine neue Front, die Länder hätten Deutschlands Schuldenstatistik durch unsolide

Mehrausgaben verdorben. Beide Entlastungsangriffe könnten für die Bundesregierung zum Bumerang werden. Frankfurter Allgemeine

BUNDESREGIERUNG

Schwächezeichen

Es steht derzeit kein guter Stern über der Regierung Schröder. Nie zuvor häuften sich bei seinen Ministern Missgeschicke in so dichter Folge. ■ Innenminister Schily reichte beim Bundesverfassungsgericht einen Parteiverbotsantrag ein, der sich streckenweise auf Zitate von Spitzeln des Verfassungsschutzes stützt – auf so dilettantische Weise lässt sich der Kampf gegen die NDP nicht führen. ■ Verteidigungsminister Scharping versäumte es bis heute, für eine rechtlich einwandfreie Finanzierung des Airbus-Projekts zu sorgen. ■ In Riesters Arbeitsministerium gibt es eine Filz-Affäre: Ohne öffentliche Ausschreibung wurde ein Qualifizierungsprogramm der EU für

Arbeitslose (Umfang: 514 Mio. Euro) einer Bonner Firma zugeschustert. ■ In Künasts Verbraucherressort blieb eine Warnung vor 27 Tonnen chemisch verseuchten Shrimps zwei Wochen lang unbearbeitet liegen. Pleiten, Pech und Pannen. Hannoversche Allgemeine

Sachsen-Anhalt 1994, in Mecklenburg-Vorpommern 1998 und in Berlin 1999. Doch nach der Wahl ließen sich die Sozialdemokraten tolerieren, schlossen ein Bündnis mit der PDS oder wählten gemeinsam mit den Kommunisten einen CDU-geführten Senat ab.

Sächsische Zeitung

Von der Kindergeld-Erhö-
hung bleibt nichts mehr
übrig. Familienministerin
Bergmann scheint das nicht
zu kümmern.

Leipziger Volkszeitung

BÜROKRATIE

Mehr Freiheit

Deutschland versinkt in einer Flut von Gesetzen. Im vergangenen Jahr wurden 417 Gesetze und Verordnungen erlassen. Das waren 4271 Seiten im Bundesgesetzblatt. Die zehn Gebote passen auf eine Seite. Ein Beispiel: Wer eine Firma gründet, muss bis zu zehn Anträge stellen. Und wenn er dann zu den glücklichen 60 Prozent gehört, die irgendwann Geld verdienen, wartet bereits das Finanzamt, um ihm bis zu 51 Prozent wieder abzuknöpfen. 1960, auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders, lag die durchschnittliche Steuer- und Sozialbelastung eines Ledigen bei 22,5, heute liegt sie bei 38 Prozent.

Bildzeitung

ROT-ROT-GRÜN

Die Dementis mag glauben, wer will

Nein, nein und nochmals nein! Niemals! Kommt überhaupt nicht in Frage! Ausgeschlossen! Denkmöglich! Variantenreich und in der Aussage doch ganz eindeutig hat gestern noch jeder auch nur halbwegs prominente SPD-Politiker die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene ausgeschlossen. Sogar der Kanzler meldete sich zu Wort. Die Dementis mag glauben, wer will. Bereits dreimal hat die SPD vor Wahlen eine Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei ausgeschlossen. In

KINDERGELD

Von der Erhöhung bleibt nichts übrig

Die jüngste Studie der Altlensbacher Meinungsforscher belegt eindrucksvoll: Familie ist den Deutschen wichtiger denn je. Aber trotz erhöhtem Kindergeld schrecken junge Paare vor eigenem Nachwuchs zurück, weil sie um ihr Auskommen fürchten. Vor allem Alleinerziehende sind finanziell hart dran. Doch statt mehr staatlicher Unterstützung bekommen sie jetzt weniger. Der gekürzte Haushaltsfreibetrag sorgt dafür, dass alleinerziehende Mütter mehr Lohnsteuer zahlen müssen.

DER
4-MILLIONEN-
KANZLER.



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

This poster features a blue background with white text. The title 'DER 4-MILLIONEN-KANZLER.' is prominently displayed at the top. Below it is the CDU logo, which consists of a red triangle inside a white circle. At the bottom, there is a white banner with the text 'Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.' in black.

Plakat

„Der 4-Millionen-Kanzler“

DIN A1

Best.-Nr.: **7801**

25 Expl. 11,25 €

DIN A0

Best.-Nr.: **7800**

25 Expl. 20,- €

Plakat
**„4 Millionen Arbeitslose:
wann wird
endlich reagiert?“**

DIN A1

Best.-Nr.: **7803**

25 Expl. 11,25 €

DIN A0

Best.-Nr.: **7802**

25 Expl. 20,- €

4 MILLIONEN
ARBEITSLOSE:
WANN WIRD ENDLICH
REAGIERT?



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

This poster features a blue background with white text. The title '4 MILLIONEN ARBEITSLOSE: WANN WIRD ENDLICH REAGIERT?' is prominently displayed at the top. Below it is the CDU logo, which consists of a red triangle inside a white circle. At the bottom, there is a white banner with the text 'Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.' in black.

Plakat

„Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.“

DIN A1

Best.-Nr.: 7812

50 Expl. 18,- €

**Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.**



Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.



Leporello

„Wirtschaftswachstum“

Best.-Nr.: 2813

100 Expl. 15,- €

400€

Postkarte „400 Euro“

Best.-Nr.: 9814

500 Expl. 40,- €

Arbeitslosen entziehen - Fördert die Beschäftigung



Wirtschaftswachstum
made by Schröder –
Letzter in Europa.



Werbemittel

„Saatpostkarte Wildblume“

Best.-Nr.: 9811

200 Expl. 80,- €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Wirtschaftswachstum made by Schröder – Letzter in Europa.

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Es geht eben nicht mit Links.

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

„Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wiedergewählt zu werden, noch werden wir wiedergewählt.“
(Gerhard Schröder)

Quelle: Spiegel Nr. 20, 21. 4. 1997

Bestellen zum Bestpreis: 030 / 220 70 220

Wir er reakt hat, hat er recht. **CDU**

... aber im September gibt's Zeugnisse.

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Der rote Faden in Schröders Wirtschaftspolitik:

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Falsches Pferd, Herr Schröder: Deutschland ist Letzter beim Wirtschaftswachstum in Europa.

Deutschland braucht wieder eine gute Wirtschaftspolitik. **CDU**

Postkarten-Edition

„Wirtschaftswachstum made my Schröder“

Best.-Nr.: **9815**

5 Sets (1 Set = 6 Motive) 1,85 €

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de